SPARTAKUS

Assoziation Marxistischer Studenten

Für die Aktionseinheit im demokratischen Kampf!

Stellennahme zu den Heidelberger Ereignissen:

Am Freitag, den 26.6., tagtem in Heidelberg die Internationale Entwicklungshilfekonferenz, auf der sich Vertreter der führenden kapitalistischen Staaten trafen und auf der auch McNamara, früherer US-Verteidigungsminister und jetziger Weltbankpräsident, anwes nd war.
Gegen dieses Treffen der Agenten des internationalen Großkapitals, deren "Entwicklungshilfe" nichts weiter ist als die organisierte Ausbeutung der Länder der Dritten Welt, richtete sich eine Demonstration, zu der der SDS-Heidelberg aufgerufen hatte.
Massiver Polizeieinsatz verwandelte die friedliche Demonstration ine eine Straßenschlacht.
Diese Vorfälle wurden zum Anlaß genommen, den SDS-Heidelberg, der schon in der Vergangenheit durch Akti nen gegen imperialistischen Terror und Rechtsradikalismus an die Öffentlichkeit getreten war und in den Heidelberger Betrieben durch eine Zeitung die Werktätigen über undemokratische Gefahren aufgeklärt hatte, zu verbieten.
Als Begründung für das Verbot diente der ARt. 9.2 GG, der schon als Begründung für das Verbot vieler anderer sozialistischen Organisationen (v.a. KPD, FDJ, VVN) herangezogen wurde und in dem es u.a. heißt, daß solche Organisationen verboten sind, deren Ziele sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten, deren Tätigkeiten und Zwecke den Strafgesetzen zuwiderlaufen und gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind.
Während auf Grundlage dieses Artikels fortschrittliche Organisationen, die gegen die völkerfeindliche Politik des Entwicklungshilfekongresses demonstrierten, verboten werden, können die reaktionärsten Kräfte, die sich in CDU/CSU, NPD, Vertriebenenverbänden und anderen imperialistischen und revanchistischen Organisationen gesammelt haben, ungehindert ihre Haß-Parolen gegen alle friedliebenden Kräfte in Europa verbreiten können.
Gerade die zum Rechtskurs und Neofaschismus tendierenden Parteien der CDU/CSU und NPD, die im Zusammenwirken mit dem Monopolkapital auf Veränderung des status quo in Europa drängen, den Frieden unterminieren und systematisch die Verständigung der Völker verhindern; s i e müssen verboten werden!

Während das KPD-Verbot besteht, hat die Raktion erneut einen Angriff auf die sozialistische Bewegung gestartet mit dem Verbot des SDS. Den Mitgliedern des SDS-Heidelberg wird jede politische Arbeit unmöglich gemacht, da alle Organisationen, in

71235

denen sie aktiv werden, als Ersatzorganisationen des SDS verboten werden können. Das bedeutet in der Perspektive die Verfolgung und Unterdrückung aller demokratischen und sozialistischen Organisationen.
Den massiven Angriffen des Monopolkapitals und seiner Agenten in der Staatsbürokratie und in den imperialistischen und faschistischen Organisationen können wir nur begegnen durch den gemeinsamen Kampf aller sozialistischen und demokratischen Kräfte.

Weit davon entfernt in dem Grundgesetz der BRD, in der bürgerlichen Demokratie die Vollendung der Geschichte zu sehen, ist es für uns doch unerläßlicher Bestandteil im Kampf für Frieden und Sozialismus, die schon im Rahmen der bürgerlichen Demokratie errungenen Positionen zu verteidigen.
Kampf für die Erhaltung demokratischer Rechte, gegen NS-Gesetze, gegen das Verbot sozialistischer Organisationen wie der DKP und jetzt des Heidelberger SDS bedeutet Kampf an der Seite des Proletariats, für das Proletariat, Sicherung und Ausbau seiner Kampfpositionen.
Der Hitler-Faschismus hat die Organisationen des Proletariats zerschlagen, hat es in seinem Kampf weit zurückgeschlagen! Der Hitler-Faschismus hat uns die Notwendigkeit des radikal-demokratischen Kampfes und die Notwendigkeit der Aktionseinheit aller sozialistischen und demokratischen Kräfte eindringlich genug bewiesen. Die Zersplitterung der Linken und ihre Folgen in der Weimarer Republik lehren uns: die Macht des reaktionären Monopolkapitals kann nur zurückgedrängt und schließlich überwunden werden, wenn wir diesen Kampf gemeinsam führen!
Die Heidelberger - unmittelbar konfrontiert mit den Faschisierungstendenzen im staatsmonopolistischen Kapitalismus, mit dem McNamara-"Entwicklungshilfe"-Kongress, brutalstem Polizeieinsatz und SDS-Liquidierung - haben diese Lehre aus der Geschichte gezogen und sich in der übergreifenden Organisation "Aktionskomitee 25.Juni" zusammengeschlossen (siehe: Presseerklärung des Komitees im Anhang).

Im Gegensatz zu Heidelberg und anderen Städten konnte in Hamburg leider kein gemeinsamer Aufruf des AStA und aller sozialistischen und demokratischen Organisationen zustandekommen. Die linksopportunistischen Gruppen Zelle Produktion, Trikont u.a. stimmten in einer Vorbesprechung dagegen, daß SPARTAKUS-AMS, DKP und SDAJ den Aufruf mitunterzeichneten. Der AStA trug durch Stimmenthaltung zu dem unsere Beteiligung ausschließenden Ergebnis bei (Abstimmungsergebnis: 4 gegen, 3 für unsere Beteiligung, 1 Enthaltung). Begründet wurde unser Ausschluß von Seiten der Leserschaft des "Roten Morgens" damit, daß man prinzipiell nicht mit den deutschen Kommunisten zusammenarbeiten dürfe, von Seiten des AStA und der Zelle Produktion damit, daß SPARTAKUS-AMS den AStA in seiner Wahlzeitung zum Studentenparlament zu scharf angegriffen habe.
Aufgrund des für SPARTAKUS-AMS negativen Abstimmungsergebnisses in der Vorbereitungsgruppe zogen auch die Vertreter des SHB und der Jungsozialisten ihre Beteiligung am Aufruf der linksoppotunistischen Gruppen zurück.
Das Nichtzustandekommen eines gemeinsamen Aufrufs und einer gemeinsamen Vorbereitung der Demonstration am Dienstag müssen wir zutiefst bedauern. Sie hätten der Linken in Hamburg die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens aller Sozialisten und Demokraten im antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf ins Bewußtsein heben können, und sie hätten vor allem die Fähigkeit der linken Gruppen zur Aktionseinheit wenigstens im demokratischen Kampf demonstrieren können. Diese Fähigkeit besitzen einige linke Gruppen offenbar noch nicht.
Unsere Mitglieder und Sympathisanten fordern wir auf, sich trotz der oben aufgezeigten Differenzen an der Demonstration, die der AStA wahrscheinlich am Dienstag 16.30 veranstalten wird, zu beteiligen.

SPARTAKUS-AMS, SDAJ, AUSS, DKP(Landesverband Hbg.)

7236